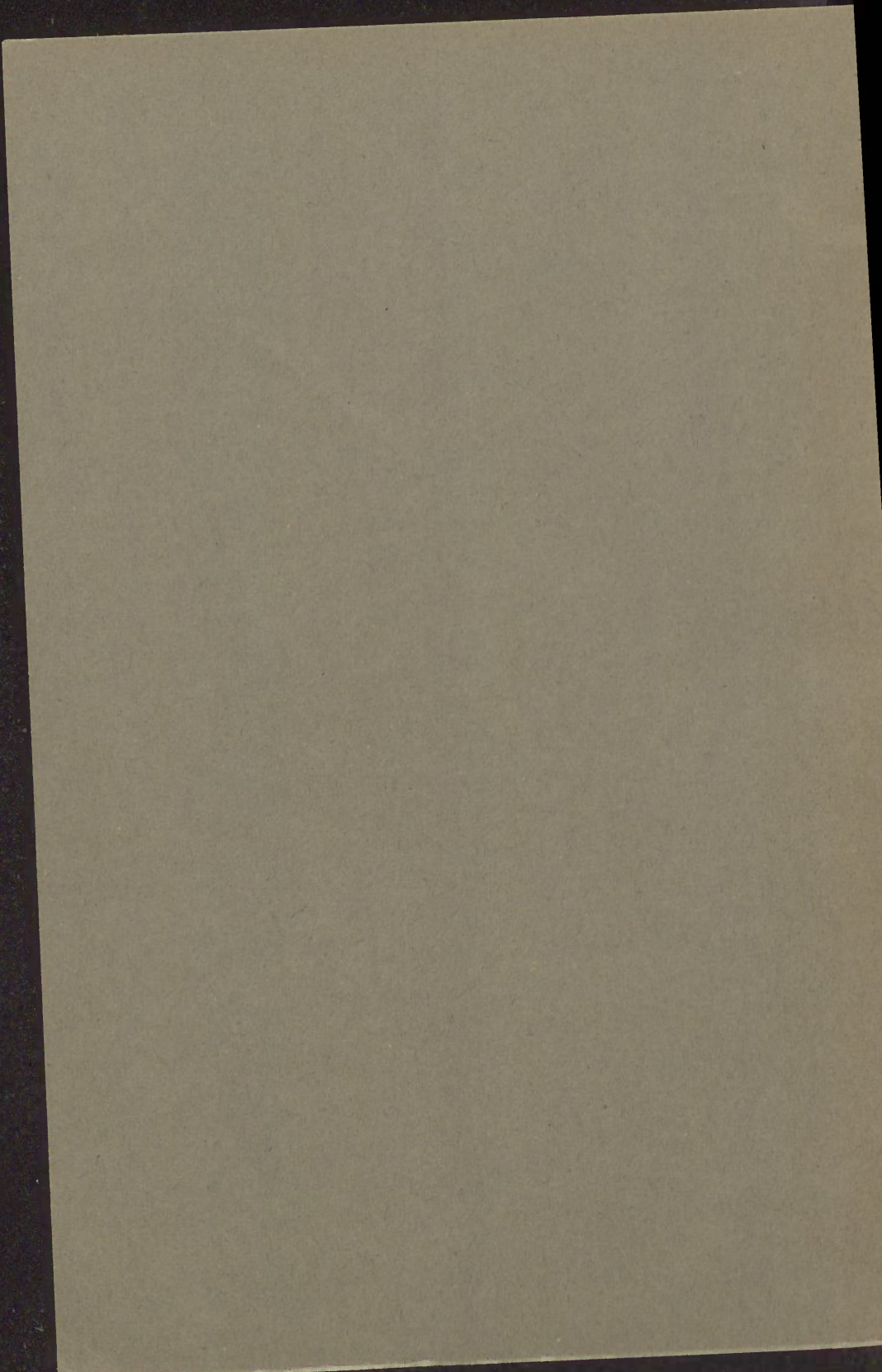


**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

B 32199





Die

Deutschen Gewerkvereine,

die Besserung der Arbeitsverhältnisse

und die Sozialpolitik.

Ein Wort der Abwehr und Klärung
an die deutschen Arbeiter.

Von

Dr. Max Sirsch
Verbandsanwalt.

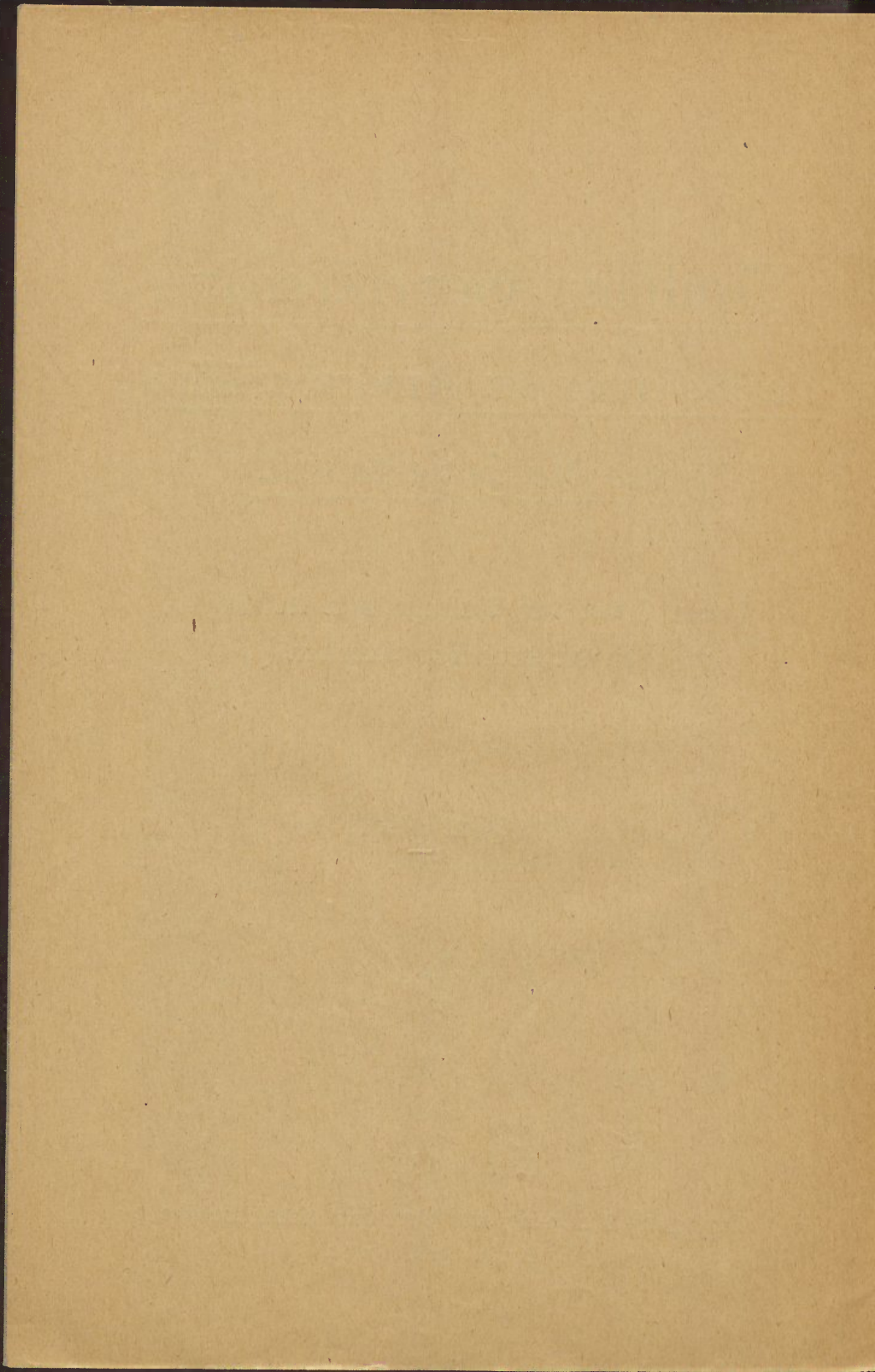


BIK

585 Weltweitentalt 15. 6. 48.
Kiel

Berlin 1896.

Verlag des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine
O., Blumen-Straße Nr. 83.



Deutsche Arbeiter, werthe Genossen!

Menschenglück, Menschenwürde — sie zu erhöhen und auszubreiten unter Millionen unserer Brüder und Schwestern der arbeitenden Klassen, das ist wohl das Herrlichste, was eine Arbeitervereinigung erstreben kann, und sollte allgemeinsten Anerkennung und Förderung sicher sein.

Die Deutschen Gewerkvereine (Hirsch=Dunker) haben seit ihrer Gründung vor achtundzwanzig Jahren sich dieses hohe Ziel gesteckt und es unablässig zu erreichen gesucht. Und doch haben sie ebenso unablässig Verkenntung und Schmähung von rechts und links erfahren müssen. Wohl ist dies das Loos aller Reformatoren — aber es ist auch die Pflicht aller Reformatoren, solche Ungerechtigkeit nicht ruhig hinzunehmen, sondern immer und immer wieder ihre gute, menschenbeglückende Sache zu vertheidigen so lange, bis die Wahrheit, was sicher geschehen wird, den Sieg errungen hat!

Schon jetzt, werthe Mitarbeiter, müssen ja selbst die schlimmsten Gegner so manches Läßliche bei unserer Vereinigung (jetzt 16 nationale Gewerkvereine mit 1500 Ortsvereinen und 70 000 Mitgliedern umfassend) anerkennen. Das Unterstützungswesen der Gewerkvereine sei gut; sie besitzen Kranken- und Begräbnißkassen, die an Höhe und Dauer der Benefizien, an Vermögensbestand und wohlgeordneter Selbstverwaltung kaum zu wünschen ließen. Auch Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung in ansehnlichem Umfang gewähren sie, leisten die gesamten Beiträge für arbeitslose Mitglieder, zahlen Umzugsbeihilfe an die Familien u. s. w., und das alles gegen mäßige Beiträge, die bei den meisten Gewerkvereinen 10 Pfennig wöchentlich (ohne die besonderen Beiträge für Kranken- und Begräbnißkassen) nicht übersteigen. Die Gesamtorganisation hat seit ihrer Gründung an Unterstützungen und nützlichen Leistungen aller Art rund 16 Millionen Mark verausgabt und dabei Vermögen im Betrage von 2 Millionen Mark angesammelt.

Aber alles dies, so heißt es dann weiter, so erfreulich es sein möge, treffe nicht den Kernpunkt der Arbeiterfrage. Es seien alles nur Palliativmittelchen, wie die Spar-, Konsum-, Bau- u. a. Genossenschaften auch, die wohl dem Einzelnen eine Zeit lang nützen, an der traurigen Klassenlage der Arbeiter aber nicht das Geringste ändern. Dazu könnten nicht Kranken- und andere Unterstützungskassen führen, sondern nur unerbittliche Kämpfe. Kämpfe einerseits gegen die Arbeitgeber, um diesen Ausbeutern und Bedrückern eine Besserstellung der Arbeiter in ihrem Lohnverhältniß abzutragen, und Kämpfe andererseits gegen die politischen Machthaber, um vom Staate den erforderlichen Schutz der Arbeiter, einschließlich der Versicherung gegen alle Nothlagen, zu erringen. Zu solchen Kämpfen aber seien die Gewerkvereine nicht ge-

schaffen und nicht zu haben. Als zahme „Harmonieapostel“ predigten sie Frieden um jeden Preis mit den Unternehmern, und als unverbesserliche „Manchester männer“ wollten sie von Staatshilfe nichts wissen, kümmernten sie sich nicht um den großen sozialen und politischen Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

Diese Behauptungen, Arbeiter, werden so oft und so zuversichtlich vorgetragen, daß die Angreifer schließlich selbst daran glauben mögen, und daß es kein Wunder ist, wenn kritiklose Massen darauf schwören. Und doch erklären wir: so viel Worte, so viel Unwahrheiten, sei es in der Lehre, sei es in den Thatfachen. Beides beweisen wir am Besten, indem wir in Folgendem das sozialpolitische Programm unserer Organisation in großen Zügen darlegen.

Beginnen wir mit einem kurzen Wort über die Bedeutung des Unterstützungs- oder Rassenwesens.

Niemals sind die Deutschen Gewerksvereine so thöricht und beschränkt gewesen, in der Kranken-, Begräbnis-, Invaliden- oder selbst in der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung das hauptsächlichste, geschweige denn das alleinige Heilmittel gegen die vielfachen und schweren Schäden der Arbeiterlage zu finden. Es gehört wirklich kein großer Scharfsinn dazu, um wahrzunehmen, daß schlechte Löhne, überlange Arbeitszeit, rechtswidrige und unwürdige Behandlung, gesundheits- und lebensgefährliche Betriebs-einrichtungen nicht durch diese und andere Unterstützungsklassen beseitigt werden können. Das haben schon die Gründer der Gewerksvereine gewußt und klar ausgesprochen; sie haben von jeher betont, daß die Rassen nur Mittel zum Zweck, nur Nebensachen sind neben dem Gewerksverein des Berufs, „welcher die große Hauptsache ist und bleibt“ (so heißt es wörtlich schon in der tausendfach verbreiteten Broschüre: „Was bezwecken die Gewerksvereine?“, zuerst 1879 erschienen!).

Aber kaum weniger beschränkt wäre die Ansicht, daß das Unterstützungs-wesen, das gewaltige Gebiet der Arbeiterversicherung, mit der großen Arbeiterfrage nichts zu thun habe und daher die Gewerksvereine nichts angehen dürfe. Zu den ersten Anforderungen des Kultur-daseins gehört doch wahrlich die Sicherheit des kommenden Tages, der Rechtsanspruch auf ausreichenden Ersatz für vorübergehenden oder dauernden Verlust der Arbeitsfähigkeit oder Arbeitsgelegenheit. Solche Sicherung ist nicht nur an sich von hohem Werth für den auf seinen Arbeitslohn angewiesenen Arbeiter und dessen Familie, nein, sie bildet auch eine Vorbedingung für das Selbstbewußtsein und selbständige Auftreten der Arbeiter, eine materielle und moralische Grundlage der freien Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisation mit ihren höheren Zielen. Das haben ja auch die Sozialdemokraten selbst praktisch anerkannt. Auf dem von den Gewerksvereinen erkämpften gesetzlichen Boden haben auch sie ihre freien Centralkassen errichtet und halten fest daran; einige Gewerkschaften (so nennen sich bekanntlich die der Sozialdemokratie zuneigenden Arbeiter-Berufsvereine) gewähren sogar erhebliche Kranken- u. j. w. Unterstützungen direkt aus der Vereinskasse.

Andererseits schwärmt diese Richtung für die staatliche Zwangsversicherung, obgleich letztere zwar die Wichtigkeit der Arbeiterversicherung

richtig erkannt, aber die Organisation und Einrichtung derselben (wie die Gewerkvereine es von Anfang an durchschauten) vielfach im Gegensatz zu den wahren Arbeiterinteressen durchgeführt hat, so daß thatsächlich Niemand damit zufrieden ist.

Den engen Zusammenhang insbesondere der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung mit der eigentlichen Sozialpolitik, mit dem Streben nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen, kann doch nur ein Blinder verkennen: sind es doch die nichtunterstützten Arbeitslosen, die durch ihre Hungerkonkurrenz vor Allem den Lohn und die anderen Arbeitsverhältnisse herabdrücken! Daß unsere Gewerkvereine im Gegensatz zu vielen Gewerkschaften gerade die Arbeitslosen-Unterstützung immer weiter ausbauen — in den Jahren 1892—1895 verausgabten erstere dafür die ansehnliche Summe von 277 634 Mk. — ist gewiß in jeder Hinsicht als ein Vorzug derselben anzuerkennen.

Wenden wir uns nun direkt zu dem Kardinalpunkte der Arbeiterfrage: **der Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen.** Wie steht unsere Organisation zu diesem Punkte? Hat sie, wie die Gegner behaupten, ihn verkannt oder vernachlässigt?

An der Spitze der Muster-Statuten von 1868, welche noch heute die Grundlage der Deutschen Gewerkvereine bilden, heißt es wörtlich:

„Der Gewerkverein befolgt in Betreff der Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder folgende leitende Grundsätze:

1. Der Arbeitslohn muß ausreichen zum kräftigen Unterhalt des Arbeiters und seiner Familie, mit Einschluß der Versicherung gegen jede Art von Arbeitsunfähigkeit, sowie der nöthigen Erholung und humanen Bildung.
2. Abzüge von dem bedungenen Lohne dürfen nur unter Zustimmung der Arbeitnehmer gemacht werden.
3. Die Sonntagsarbeit ist, bis auf das unerläßlich Nothwendige, gänzlich abzustellen.
4. Die Arbeitszeit für Erwachsene ist auf höchstens 12 Stunden inkl. 2 Stunden Pause (also 10 Stunden wirkliche Arbeit) zu normiren.
5. Die Nachtarbeit ist, ebenfalls bis auf das unerläßlich Nothwendige, gänzlich abzustellen.
6. Jede neue Fabrik- resp. Arbeits-Ordnung ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vereinbaren (u. s. w.; es folgen noch 4 Punkte in gleichem Geiste, für Schiedsgerichte, Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter und Abstellung des Mißbrauchs der Zuchthausarbeit).

Arbeiter! Kennt man das „Verkennung, Verleugnung der wahren Arbeiterinteressen“? Oder ist es nicht vielmehr eine Aufstellung sozialpolitischer Forderungen vor nahezu dreißig Jahren, wie sie noch heute kaum zutreffender gemacht werden könnte? Unsere Organisation hat jedoch inzwischen auf Grund der Erfahrung ihre Forderungen noch erheblich vermehrt und verschärft, wie wir alsbald nachweisen werden.

Die Deutschen Gewerkvereine haben es aber auch seit Anbeginn an dem eifrigen Streben nach Ausführung ihres trefflichen Programms nicht fehlen lassen. Wie in unseren Broschüren und Büchern (namentlich

in der Festschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Organisation: „Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkvereine“, Leipzig 1893, Verlag von C. L. Hirschfeld) ausführlich durch Thatfachen nachgewiesen ist, wurden seitens der einzelnen Gewerkvereine wie ihres Verbandes, als Vertreters der Gesamtinteressen, alle gesetzlichen und moralischen Mittel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, selbstverständlich auch zur Abwehr ihrer Verschlechterung, angewandt, und vielfach mit dauerndem Erfolg. Die Errungenschaften bestanden in höheren Löhnen, kürzeren und zweckmäßigeren Lohnzahlungsfristen, verkürzter und geregelter Arbeitszeit an den Wochentagen, Beseitigung oder wenigstens Beschränkung der Sonntagsarbeit (noch vor der gesetzlichen Regelung), Reform von Fabrik- und Arbeitsordnungen, Abstellung von Mißständen aller Art, hauptsächlich auch solcher, wodurch Gesundheit und Leben der Arbeiter geschädigt wurden. Nach letzterer Richtung wirkte u. A. in weiten Kreisen unsere Broschüre zur Unfallverhütungs-Ausstellung von 1889: „Arbeiterstimmen über Unfall- und Krankheitsverhütung“, eine Sammlung praktischer Abhülfevorschlüge aus den Kreisen der Genossen.

Aber der Harmonie=Standpunkt, die „Zahmheit“ gegen die Unternehmer, von den Gegnern recht geschmackvoll als „Harmonieduselei“, „Kapitalschweiswedeln“ u. s. w. bezeichnet — wie stand und steht es damit?

Man mag mit den Sozialdemokraten die Verstaatlichung der gesamten Produktion — die jeweilige Regierung als einziger Arbeitgeber! — oder mit freiheitlichen Reformern die Arbeiter-Produktivgenossenschaften als Wirthschaftssystem der Zukunft betrachten, für jetzt und absehbare Zeit bildet das sogenannte kapitalistische System mit freier Lohnarbeit den gegebenen Boden für alle Arbeitsverhältnisse, welchen auch die Sozialdemokraten nicht im Handumdrehen beseitigen können noch wollen. Bei diesem System gehören stets und überall zwei Kräfte zur Produktion: Kapital (zugleich Unternehmung) und Arbeit, ohne deren dauerndes Zusammenwirken es keine regelmäßige Gütererzeugung und somit weder Kapital- noch Lohn Einkommen der Betheiligten geben kann. Kapitalisten (Unternehmer) und Arbeiter sind demnach für ihre wirthschaftliche Wohlfahrt, ja Existenz, nothwendig auf einander angewiesen.

Ist dies unleugbar, so folgt schon prinzipiell daraus, daß auch für die Hauptbedingungen des Zusammenwirkens bei freiem Vertrage die richtig verstandenen Interessen auf die Dauer übereinstimmen. Denn wäre dies nicht der Fall, so würde der Theil, dessen Interesse zu kurz käme, sich von der Produktion zurückziehen und hierdurch den anderen Theil lahm legen — dessen wesentlichstes Interesse sonach die Verhütung, oder wenigstens die schnelle Beendigung der Differenz durch Findung einer mittleren, die Interessen beider Theile ausgleichenden Linie erheischt. Diese streng logische Schlußfolgerung, welche die Grundlage der gesetzlichen Einigungsämter bildet, wird auch thatächlich durch die Erfahrung vom wirthschaftlichen Standpunkt bestätigt. Den schroffsten Interessengegensatz verkündeten die „Klassenbewußten“ hinsichtlich der Arbeitszeit: dem Streben des Arbeiters nach kurzer Arbeitszeit widerspreche schnurstracks die Profitgucht des Unternehmers, die möglichst lange Arbeitszeit fordere! Und was hat sich in tausendfacher, genau kontrollirter Erfahrung herausgestellt? Daß selbst

bei beträchtlicher Kürzung des Arbeitstages, beispielsweise von 12 auf 10, ja selbst 9 und 8 Stunden, die Arbeitsleistung nicht abgenommen, durch Ersparniß an den Unkosten der Nutzen der Unternehmer sogar gleichzeitig mit dem Wohlergehen der Arbeiter zugenommen hat. Und ähnlich verhält es sich nachweisbar auch mit Lohn, Sicherheit, Behandlung u. s. w.; die Statistik lehrt, daß in den Ländern der höchsten Löhne und günstigsten Arbeitsbedingungen, wie England und Nordamerika, auch Kapital und Unternehmung bestens gedeihen. Der Harmonie = Standpunkt der Gewerksvereine ist also in Lehre und Leben glänzend gerechtfertigt.

Aber dieser Standpunkt ist weit entfernt von der ebenso lächerlichen wie verleumderischen Karrikatur, welche die Gegner davon verbreiten. Die Harmonie setzt, wie aus Obigem klar hervorgeht, den wirklich freien und gleichen Arbeitsvertrag voraus, und ein solcher kann nur allmählich durch immer größere Ausbreitung und Festigung der Berufsorganisation errungen werden. Die Gewerksvereine denken also nicht daran, die Hände im Schooß, die herzensguten Arbeitgeber schalten und walten zu lassen. Nein, sie sind sich wohl bewußt, daß gerade sie erst durch den Zusammenschluß von Tausenden und Zehntausenden die Arbeiter als eine gleichberechtigte und ebenbürtige Macht den Unternehmern und deren Verbänden gegenüberstellen und damit erst erwirken, daß letztere es als ihr wahres, dauerndes Interesse erkennen, die berechtigten Interessen der Arbeiter zu berücksichtigen. Während dieser Periode gleichsam der Erziehung zur Gemeinsamkeit kann es selbstverständlich — wie ausnahmsweise auch später — an Widerständen und Kämpfen nicht fehlen. Das wissen die Gewerksvereine und deshalb haben sie sich bei friedlichsten Absichten doch zum Kampfe gerüstet. Sie meiden den Streit, so lange es irgend möglich ist — statt ihn, wie leider, so manchmal die extremen Gegner, zum schweren Schaden der Arbeiter, zu provozieren — aber wenn der Streit unabwendbar ist, so führen sie ihn kraftvoll und beharrlich mit Hilfe ihrer ansehnlichen Vermögensbestände. Davon weiß auch in den letzten Jahren so manche Stadt und so mancher Beruf ein Lied zu singen, wie die geschmähten „Hirsch-Dunder'schen“ ihren ausständigen Mitgliedern voll und pünktlich ihre Unterstützung auszahlten, während die „zielbewußten“ Gewerkschaften von Anfang an oder sehr bald nur halbe oder viertel Unterstützungen gewähren konnten, und selbst diese meist nur durch unregelmäßige, unsichere Sammlungen.

Nach dem Verhältnis zu den Unternehmern betrachten wir nun als letzten Hauptpunkt die Stellung der Gewerksvereine zu den **sozialen Aufgaben des Staats**, der **Sozialpolitik** im engeren Sinne.

Die feindlichen Brüder, die sich kürzlich auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu London wuthischraubend gegenüberstanden, wollen beide der bestehenden Gesellschaft gründlich den Garaus machen. Darüber, wie die zukünftige Gesellschaft aussehen soll, sind sie aber völlig entgegengesetzter Ansicht. Nach der Lehre der Sozialdemokraten soll der Staat Alles bedeuten und der Einzelne Nichts — nach der Lehre der Anarchisten soll Staat und Gesetz überhaupt abgeschafft, das Individuum unbeschränkt, souverän werden.

Hochinteressant ist es, wie derart die beiden extremen, revolutionären Richtungen, die gleichermaßen alles Bestehende verneinen, in ihren Zukunftsplänen sich gegenseitig aufheben. Wider ihren Willen legen sie dadurch Zeugniß ab für die Vernünftigkeit der geschichtlichen Entwicklung, welche die beiden Grundkräfte der Menschheit: Individualität und Gemeinschaft — der Flieh- und Schwerkraft in der natürlichen Welt entsprechend — zusammenwirken läßt. Alles dem Individuum überlassen bedeutet nothwendigerweise Willkür und Zersplitterung, Alles dem Staate übertragen, führt ebenso nothwendig zu Despotismus und Verknöcherung — wie noch vor Kurzem der volkreichste Staat der Welt, China, durch seine jämmerliche Niederlage gezeigt hat.

Dies Allgemeine gilt nun namentlich gerade vom wirthschaftlich-sozialen Gebiet, wo vor allem die beiden Prinzipien der persönlichen Freiheit und der geselligen Ordnung in richtigem Verhältniß mit einander zu verbinden sind. Denn ohne Freiheit kein Fortschritt der Produktion und der Kultur überhaupt, ohne Ordnung kein Gleichgewicht, kein Schutz der Kleinen und Schwachen.

Diesen vernünftigen, durch tausendjährige Erfahrung und Wissenschaft begründeten Standpunkt haben von Anfang an die Gewerkschaften, wie in England so auch in Deutschland, eingenommen. Sie wollen, ihrem Ursprung und Wesen als freie Vereinigungen gemäß, daß alles das, was die Arbeiter als Einzelne und zumal in ihren Genossenschaften und Organisationen selbst erreichen, bessern, abmehren, regeln und verwalten können, auch durch die Arbeiter geschehe. Denn nicht nur ist dieser Weg der genossenschaftlichen Selbsthilfe und Selbstverwaltung der natürlichste, zweckmäßigste (weil die Betheiligten ihre Bedürfnisse doch am besten kennen) und wohlfeilste, sondern er ist auch der einzige, auf welchem die Arbeiter, die Mehrzahl des ganzen Volkes, die gerade für das heutige öffentliche Leben so nothwendige Schulung und sittliche Selbständigkeit erlangen. Das ist gewiß ein demokratischer Standpunkt im besten Sinne des Worts und ein solcher, der der Ehre des Arbeiterstandes und seinen Interessen viel besser entspricht, als die „moderne“ Richtung, Alles vom Staate durch dessen Beamte und Polizei zu erwarten! An den Agrariern und Zünftlern, den nimmerfatten Erzfeinden jeder freien Arbeiterbewegung, tritt recht deutlich das Verfehlte und Verderbliche der letzteren Richtung hervor. Ihre Pläne und Erfolge zeigen, wohin dieselbe in Wirklichkeit führt, man denke u. A. nur an die Liebesgaben, die Monopole, die Zwangsorganisation des Handwerks, wogegen die Deutschen Gewerkschaften — und mit ihnen sicherlich alle denkenden Arbeiter — entschieden Front machen.

Aber die Arbeiter können sich nicht selbst helfen! so rufen immerfort die Gegner, mit den Sozialdemokraten auch die Sozialaristokraten — bei denen es nur zu begreiflich ist, da sie die selbständige Organisation und Bethätigung der Arbeiter als ihrer Herrschaft gefährlich fürchten. Um so mehr protestiren wir Namens einer großen Zahl von Arbeitern gegen jenes Armuthszeugniß. Wie, zwölf Millionen deutscher Arbeiter sollten unmündig, ohnmächtig sein, in ihren eigenen Angelegenheiten Hand anzulegen? Aber das glauben ja die Gegner selbst nicht,

besonders die Sozialdemokraten widerlegen es täglich schlagend durch ihre Reden und Thaten. Preisen sie nicht den Arbeiterstand als den Fels, auf dem die neue Gesellschaft ruhen müsse? fordern sie nicht immerfort zu Genossenschaften und Organisationen aller Art auf, um die Lage der Arbeiter zu verbessern? rief nicht einer ihrer angesehensten Führer noch vor Kurzem im Reichstage der Regierung zu: Gebt den Arbeitern das volle Koalitionsrecht und sie schenken euch alle Schutzgesetze? In letzterem Ausdruck liegt geradezu eine Verherrlichung der genossenschaftlichen Selbsthilfe gegenüber der Staatshilfe, welche selbst uns, den Deutschen Gewerkvereinen, zu weit geht!

Das aber ist unsere maßvolle und konsequente Ansicht, daß die freie genossenschaftliche Selbsthilfe nicht nur für Lebensmittel-, Wohnungs- u. s. w. Beschaffung, wo sie sich so glänzend bewährt hat, sondern auch für die Hebung der direkten Arbeitsverhältnisse eine ganze Strecke weit reicht. Auf dem wichtigsten Gebiete, dem des Arbeitslohnes, hat sich selbst die Sozialdemokratie noch nicht zu der Forderung staatlicher Regelung verstiegen, so klar liegt die Unmöglichkeit einer solchen auf der Hand. Dahingegen sind durch die Gewerkvereine schon tausendfach Lohnerhöhungen, und zwar ansehnliche, umfassende und dauernde (man denke nur an die englischen Bergarbeiter und Maschinenbauer, an die deutschen Buchdrucker, Bauhandwerker u. s. w.), zum Theil durch friedliche Vereinbarung, erzielt worden. Aehnlich, wie schon oben dargelegt, verhält es sich mit der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter und einer Reihe anderer Arbeitsbedingungen. Der hochwichtige Arbeitsnachweis wird erfahrungsgemäß am besten von den Arbeiterberufsvereinen besorgt, die staatliche, kommunale oder sonstige Arbeitsvermittlung kann nur als Nothbehelf für die Menge der leider noch unorganisirten Arbeiter gelten. Wenn Etwas unwiderleglich feststeht, so ist es die mächtige Wirksamkeit der Berufsorganisation auf die Arbeitsverhältnisse — ihre Bewährung als kraftvolle Arbeiterschutzvereinigung.

Aber bei aller Begeisterung und allem Stolz auf unsere Gewerkvereine halten wir — abweichend von jener widerspruchsvollen sozialdemokratischen Aeußerung — auch das freieste Koalitionsrecht und die festeste Organisation wenigstens auf absehbare Zeit nicht für das Universalheilmittel. Neben der Selbstbethätigung der Arbeiter, welche stets die Hauptsache ist, muß auch der Staat **ergänzend** für die Sicherung und Besserung der Arbeitsverhältnisse eintreten. Die mächtigen Hebel seiner Gesetzgebung und Verwaltung hat der Staat (und auf beschränkterem Gebiete die Kommune!) an allen den wichtigen Punkten einzusetzen, wo die Kraft der Betheiligten naturgemäß oder aus geschichtlichen Gründen dauernd versagt. Welches diese Punkte sind und wie weit sie sich erstrecken, das läßt sich nicht ein für allemal bindend feststellen, sondern hängt von Zeit und Ort ab. Für unser Deutschland der Jetztzeit, wo gegenüber den zahllosen schweren Schäden des Arbeitsverhältnisses leider nur eine schwache Minderheit der Arbeiter sich organisiert hat, ist eine energische Arbeiterschutzesetzgebung geboten. Das ist in zwei Worten der seit 28 Jahren ausgesprochene und bethätigte Standpunkt der Deutschen Gewerkvereine; wer diesen als „manchesterlich“ schmähzt, ist entweder ein Dummkopf oder ein Verleumder.

Vor allem soll der Staat Diejenigen schützen, die aus natürlichen Ursachen des Schutzes ihrer Persönlichkeit am dringendsten bedürfen. Darum fordern die Gewerkvereine das Verbot jeder gewerblichen Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, damit für das junge Geschlecht, die Zukunft der Nation, eine gesunde Entwicklung und ausreichende Bildung gesichert werde. Dazu gehört aber positiv die Hebung des Volksschulwesens, namentlich durch die Einheitschule, die gerade in sozialer Hinsicht so segensreich auf Ausgleicheung der Klassegegensätze wirkt, unter voller Berücksichtigung der körperlichen Übungen und der geistigen und sittlichen Ausrüstung für die moderne Erwerbsarbeit mit ihren gegen früher wesentlich erhöhten Ansprüchen.

Diese Erziehung kann aber mit dem 14. Lebensjahre nicht abgeschlossen sein, sie muß sich in freierer Weise ins Jugendalter fortsetzen durch obligatorische Fortbildungs- und Fachschulen, in denen die jungen Leute beiderlei Geschlechts nicht nur in der allgemeinen Bildung gefördert, sondern auch für ihren gewerblichen oder häuslichen Beruf, sowie für das öffentliche Leben in Staat und Gemeinde soweit als möglich vorbereitet werden; freie Volkshochschulen, vom Staate unterstützt, haben dann für die Begabteren und Strebsameren das Bildungswerk zu vollenden. Im Arbeitsverhältnis fordern die Gewerkvereine für die jugendlichen Arbeiter Verbot der Sonntags- und Nachtarbeit, sowie der Arbeit in besonders gesundheitschädlichen Betrieben, und fortschreitende Beschränkung der täglichen Arbeitszeit, von dem jetzt vorgeschriebenen 10-Studentage ausgehend, verbunden mit den erforderlichen Pausen und Freilassung von Wochen-Tagesstunden für den Unterricht. Die von den Gewerkvereinen zuerst beantragte Ausdehnung dieses Jugendschutzes bis zum 18. Lebensjahre — statt wie jetzt nur bis zum 16. — rechtfertigt sich schon durch die längst geltende gleiche Altersgrenze für die Fortbildung, noch mehr durch die anerkannte Tatsache, daß auch die körperliche Entwicklung in unserm Klima in der Regel nicht vor dem 18. Jahre beendet ist. Das bei weitem werthvollste Vermögen eines Landes aber ist die ausgereifte, dauernde Arbeitskraft der Bevölkerung: diese in den Jugendjahren zu schonen, daher nicht nur menschliche, sondern auch wirtschaftliche und nationale Pflicht!

So allgemeingültig, wie diese Sätze, muß auch ihre Anwendung sein. Darum kein Stillstehen vor Handwerk, Hausindustrie, Handel, Verkehrswesen und Landwirthschaft; mindestens mit demselben Recht, wie die Arbeiterversicherung, soll auch der Arbeiterschutz sich auf die gesammte Lohnarbeit erstrecken, wenn auch selbstverständlich je nach der Eigenart der Erwerbsgruppen modifizirt. So wenig solche Ausdehnung auch den Herren Künstlern, Agrariern u. s. w., die den Staat nur als Vorspann für ihre Sonderinteressen benutzen wollen, gefällt, so sehr verlangt sie die Gerechtigkeit und dauernde Wohlfahrt aller Produktionszweige. Dies gilt in vollem Maße auch von den Maßnahmen, welchen wir uns jetzt zuwenden.

Ohne die erwachsenen Arbeiterinnen den Unmündigen gleichstellen zu wollen, müssen wir sie doch auf Grund der Erfahrung ebenfalls als besonders schutzbedürftig erachten. Sie sind zarter und schwächer geartet, als die Männer, und ihre Bewahrung vor übermäßiger, ungesunder, unsittlicher Erwerbsarbeit kommt nicht nur ihren Personen

zu Gute, sondern ist zugleich nothwendig für die Erhaltung der Familie, für die leibliche und geistige Erziehung der Kinder, diese Fundamente eines gesunden Volks- und Staatslebens. Für die Arbeiterinnen fordern die Gewerkvereine daher seit lange nachdrücklich dieselben Schutzbestimmungen, wie für die jugendlichen Arbeiter, also namentlich eine höchstens 10 stündige Arbeitszeit (statt der jetzt bestehenden 11 stündigen); darüber hinaus aber noch besondere Vorschriften zu Gunsten der Frauen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, und namentlich der Wöchnerinnen. Ernstlich muß ferner dem vorgebeugt werden, und zwar auf dem Lande nicht minder als in den Städten, daß die Abhängigkeit des Arbeitsverhältnisses zur Schädigung der weiblichen Ehrbarkeit schmächtig mißbraucht werde. Hier muß mit dem Gesetz die öffentliche Meinung Hand in Hand gehen, um solchem verderblichen Unwesen ein Ende zu machen.

Die erwachsenen männlichen Arbeiter, die wehrfähige Mannschaft, die das Vaterland gegen außen vertheidigt, sollen, wie oben allgemein erörtert, in der Regel auch im Arbeitsverhältniß sich selbst wehren und schützen. Dazu bedürfen sie aber zweier gewichtiger Waffen: das Koalitionsrecht und das Organisationsrecht. Das erstere, das Recht, sich überhaupt zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen zu verabreden und zu vereinigen, obgleich die nothwendige Grundlage, genügt doch allein nicht. Behufs seiner richtigen, planmäßigen Anwendung muß das weitere Recht hinzukommen, dauernde, allen gesetzlichen wirtschaftlich-sozialen Zwecken dienende Berufsvereine mit staatlicher Anerkennung zu gründen und zu verbreiten. Der wichtigste Schutz der erwachsenen Arbeiter besteht demnach in einem Normativgesetz für eingetragene Berufsvereine, wie es nicht die Sozialdemokratie, wohl aber der Verband der Deutschen Gewerkvereine durch seinen Anwalt seit länger als einem Jahrzehnt ausgearbeitet und unablässig gefordert und wozu er die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags erlangt hat. Die endliche Genehmigung seitens der Regierungen, welche nur eine Frage der Zeit sein kann, wird dem sonstigen Arbeiterschutz erst die Krone aufsetzen; denn erst die Mitwirkung gesetzlich anerkannter Gewerkvereine sichert die volle Wirksamkeit der direkten Schutzvorschriften.

Solche Schutzvorschriften für Erwachsene nicht minder, wie für Jugendliche, sind vor Allem da erforderlich, wo Leben und Gesundheit, also die Existenz selbst oder doch die Arbeitsfähigkeit als Quelle der Existenz, in Gefahr stehen. Und hier sind Zwangs- und Strafvorschriften desto nothwendiger, als, so befremdend es klingen mag, doch thatsächlich die Arbeiter selbst diese höchsten irdischen Güter viel zu wenig beachten. Darauf beruht die gesetzliche Verpflichtung der Unternehmer, „die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Geräthschaften so einzurichten und zu erhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet“. Diese allgemeine umfassende Bestimmung (§ 120 a der Reichs-Gewerbeordnung), welche durch Gesetz und Verordnung nach allen Richtungen hin spezialisirt und auch auf die Erhaltung der guten Sitten und des Anstandes ausgedehnt ist, müßte, so sollte man meinen, ihren edlen Zweck vollkommen

erreichen. Wenn trotzdem Jahr für Jahr die gewaltige Zahl der Betriebsunfälle noch anschwillt, das Grassiren von Betriebskrankheiten mindestens nicht merkbar abnimmt, so liegt hierin der Beweis, daß einerseits die Spezialvorschriften noch lange nicht genügen, andererseits und vor allem aber die amtliche Beaufsichtigung und die Bethätigung der Arbeiter noch sehr viel zu wünschen übrig lassen.

In der Verpflichtung der Unternehmer zur „gesundheitsgemäßen Regelung des Betriebs“ ist nothwendig und hauptsächlich eingeschlossen die entsprechende Regelung der Arbeitszeit auch der erwachsenen Männer. Vor allem bedeutet dies das allgemeine Verbot der Sonntagsarbeit, da in allen Berufen und für alle beschäftigten Personen ein Ruhetag in der Woche schon zur Erhaltung der Gesundheit nothwendig ist, nicht minder zur geistigen Sammlung und Erholung und zur Pflege des Familienlebens. Die Gewerkvereine wollen die Sonntagsruhe zur Wahrheit gemacht wissen, und wo technische oder wirthschaftliche Rücksichten die absolute Durchführung hindern, — letztere namentlich im Handel und Verkehr —, da sollen die Ausnahmen auf das unerläßlich Nothwendige beschränkt und soll möglichst Ersatz auf andere Weise geschafft werden.

Aber auch die strengste Sonn- und Festtagsruhe nützt nichts, wenn an den Wochentagen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit gegen Gesundheit und Leben gefrevelt wird, wie es namentlich in ohnehin ungesunden Gewerben der Fall ist. Daher haben die Gewerkvereine schon vor Jahren, namentlich durch die Resolution der kombinierten Versammlung des Centralraths und der Generalräthe am 10. April 1890, energisch den „hygienischen Maximalarbeitstag“ auch für die erwachsenen Männer gefordert, d. h. die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit hauptsächlich nach der Gesundheitsgefährlichkeit der einzelnen Gewerbe, also z. B. für die Bäcker auf 12, für die Weber auf 10, für die Bergarbeiter auf 8, für die Spiegelbeleger auf 6 Stunden. Wir hatten die Genugthuung, daß sich die Regierungen und die überwiegende Mehrheit des Reichstags alsbald auf unseren Standpunkt stellten, so daß die Gewerbenovelle (Arbeiterschutzgesetz) vom 1. Juni 1891 durch § 120e Absatz 3 dem Bundesrath das Recht zu solcher hygienischen Beschränkung der Arbeitszeit gewährt. Daß es mit der Ausführung langsam, viel zu langsam geht, daß in fünf Jahren von den vielen Berufen mit gesundheitschädlicher Ausbeutung nur die Bäcker und Konditoren einigermaßen geschützt worden sind — und unter welchen Kämpfen und Verheerungen! — dafür können die Gewerkvereine nichts. Diese sind unermüdet für die schnelle und konsequente Durchführung des einmal angenommenen Grundsatzes eingetreten, sie haben durch Wort und Schrift die Einführung des gesundheitlichen Maximalarbeitstages u. A. für die Bergarbeiter, für die Hausindustrie, namentlich die ausgezogenen Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen, für die Kellner, die Verkehrsangestellten und für die vielgeplagten Handlungsgehilfen (in der Form einer zeitigen Ladenschlußzeit) zu erreichen gestrebt. War es auch bisher vergebens, wie auch alle anderen Anstrengungen an dem Widerstande der herrschenden Richtung gescheitert sind, so werden wir dennoch nicht erlahmen, bis der Erfolg dieser wohl begründeten und durchführbaren Reform errungen ist.

Für das Projekt eines der gesamten Erwerbsarbeit aufzuerlegenden einheitlichen Maximalarbeitstages konnte sich die große Mehrheit der Deutschen Gewerkvereine nicht erwärmen. Eine solche Schablone steht in vollem Widerspruch mit der außerordentlichen Verschiedenheit der Berufe und Beschäftigungen in Bezug auf Anstrengung, Gesundheits-schädlichkeit, technische und wirtschaftliche Existenzbedingungen — man denke z. B. nur an die Unterschiede zwischen der Landwirthschaft, dem Bergbau, der Seeschifffahrt, der Weberei und der Bleiweißfabrikation! Dieselbe Maximal-Stundenzahl würde für einen Theil der Betriebe unzureichend, für den anderen Theil noch übermäßig sein. Der bisher allein (in der Schweiz und Oesterreich und auch da nur für die Groß-industrie) eingeführte 11stündige Maximalarbeitstag wäre für Deutschland zu lang und würde die überwiegend schon bestehende kürzere Arbeitszeit gefährden. Der Achtstundentag dagegen, für manche Gewerbszweige sicherlich hygienisch geboten und ökonomisch vortheilhaft, wäre in Deutschland gegenwärtig für die meisten Gewerbe weder das Eine noch das Andere. Das Hauptagitationsmittel für den zwangsweisen Achtstundentag: die Behauptung, daß dadurch jede Arbeitslosigkeit beseitigt und der Lohn gesteigert werden würde, zeigt sich bei gründlicher Prüfung als unhaltbar, wie selbst Führer der Sozialdemokratie offen erklärt haben. Nicht rückständige Gesinnung also, sondern sorgfältige Ueberlegung, Sorge für Freiheit und Wohlfahrt der Arbeiter selbst und der Gesamtheit ist es, was unsere Organisation zu ihrer selbständigen Stellungnahme in dieser vielumstrittenen Frage bestimmt. Praktisch, wie sie als Vertreterin der Arbeiterinteressen ist und sein muß, hält sie es für viel richtiger und aussichtsvoller, mit aller Kraft für die Durchführung der gesetzlich festgestellten hygienischen Arbeitszeitregelung und daneben für die Er-langung möglichst kurzer Arbeitsdauer auf dem freien Wege der Be-rufsorganisation zu wirken.

Wo es gerechtfertigt und nützlich ist, da sind die Deutschen Gewerkvereine wahrlich nicht zaghaft, mit ihren Reformforderungen an den Staat heranzutreten. Das haben sie bewiesen, da sie als die Ersten für die Reichs- und Staatsbetriebe, wo die Regierungen selbst die Arbeitgeber sind, nicht nur den 9-, bezw. 8stündigen Maximal-arbeitstag, sondern auch kürzere Lohnzahlungsfristen, Maß-nahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und eine wieder-kehrende genaue Statistik über die gesamten Arbeiterverhältnisse ver-langten. Alles dies würde nicht nur den Hunderttausenden von Arbeitern aller Art, die in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt sind, sondern durch Beispiel und moralischen Druck auch allen übrigen, namentlich auch den zahlreichen Arbeitern der Kommunalbetriebe und der von Staat und Gemeinden mit Aufträgen beachten Privatbetriebe, zu Gute kommen. Diese weitsehende und zugleich wahrhaft praktische Sozialpolitik unseres Verbandes hat auch bereits erste Beach-tung im Reichstage und im preussischen Landtage gefunden.

Lebhaft sind die Gewerkvereine auch für die allgemeinen Schutzbestimmungen eingetreten, welche die einfache Gerechtigkeit fordert und die Erfahrung als nothwendig auch bezüglich der erwachsenen Männer erwiesen hat. Dahin gehört das Verbot des Trunks im weitesten

Sinne, d. h. der groben oder raffinierten Mittel, um die richtige baare Auszahlung des bedungenen Lohnes zu beeinträchtigen, wie durch Waarenkreditirung, Preisausschlag auf Werkzeuge und Rohstoffe, Lohnzahlung in Gast- und Schankwirthschaften u. s. w. Dahin gehören ferner das Verbot, die Arbeitszeugnisse mit Merkmalen zu versehen, und die vom Verbandsanwalt im Reichstag beantragte Vorschrift, daß die Kündigungsfristen für beide Theile, Unternehmer und Arbeiter, gleich sein müssen. Endlich gehört dahin die Verpflichtung der Unternehmer mittlerer und größerer Betriebe, Arbeitsordnungen auszuhängen, in denen nach Anhörung der Arbeiter oder Arbeitervertreter die wichtigsten Arbeitsbedingungen (unter Bestimmungen gegen den Mißbrauch der Geldstrafen) bindend festgestellt werden. Alle diese und andere Schutzbestimmungen sind namentlich seit 1891 Gesetz geworden. Wenn trotzdem vielfache Mißbräuche im Arbeitsverhältniß fortbauern, so liegt die Schuld einestheils sicher an Mängeln der Vorschriften selbst und der staatlichen Aufsicht, andernteils aber ebenso sicher daran, daß die größtentheils unorganisirten Arbeiter selber von den ihnen gesetzlich verliehenen Rechten keinen Gebrauch machen. Sogar auf dem Gebiet, dessen Regelung prinzipiell dem Staate gebührt, geht es nicht ohne die organisirte Mitwirkung der Betheiligten!

Aber freilich entbindet das den Staat nicht von der Pflicht, die strenge Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften in erster Reihe durch seine Organe, die Fabriken- und Gewerbeinspektoren, zu überwachen. Die Deutschen Gewerkvereine, durchdrungen von der Nothwendigkeit und Wichtigkeit solcher amtlichen Gewerbeaufsicht, fordern seit lange nachdrücklich deren fortschreitenden Ausbau. Zu einer wirklichen Beaufsichtigung der zahllosen Betriebe — zu welchen auch die des Handwerks, der Hausindustrie, des Verkehrs und nicht zuletzt der Land- und Forstwirthschaft hinzukommen sollen — muß die Zahl der Gewerbeinspektoren vermehrt, ihre Verwendung zur technischen Kesselrevision beseitigt, dagegen ihre soziale Aufsichts- und Abhülsebefugniß erweitert und verschärft, ihre Auswahl nach anderen Gesichtspunkten getroffen werden. Mindestens ebenso erforderlich, wie die technische, ist die wirthschaftlich-soziale Befähigung, und nach den günstigen Erfahrungen in England sollte man auch bei uns Inspektoren aus den Reihen der Arbeiter selbst nehmen und für den Schutz der fast eine Million zählenden Arbeiterinnen mit ihren eigenartigen Verhältnissen weibliche Inspektoren, zum Theil ebenfalls aus dem Kreise der Arbeiterinnen, ernennen.

Endlich aber halten wir es für einen nothwendigen Fortschritt, daß die Gewerbeaufsicht im ganzen Reich nach einheitlichen Grundzügen und in festem Zusammenhange unter Oberleitung eines Reichsarbeitsamtes organisiert werde. Diese Centralstelle, deren Schaffung wir hiermit als einen hochwichtigen Punkt des Gewerkvereins-Programms verkünden, würde nicht nur die Spitze der Gewerbeinspektion bilden, sondern Alles, was zur Arbeiterfrage gehört und von Reichswegen erforscht, gesammelt, angeregt, gefördert und geregelt werden kann und soll, umfassen und leiten. Staatliche Arbeitsämter giebt es bekanntlich schon in vielen Staaten Europa's und Nordamerika's, und schon ihre ausschließlich oder vorwiegend statistische

Thätigkeit — man denke nur an die ausgezeichneten amtlichen „Arbeitszeitungen“ — hat sich als überaus nützlich bewährt, zumal sie in der Mitarbeit der Gewerkvereine, als der geeignetsten Vertretungen der Arbeiter, ihre Hauptstütze finden. Warum sollte nicht in einer Zeit hochgradiger sozialer Entfaltung neben der informativischen (unterrichtenden) auch die fördernde und regelnde Wirksamkeit — wie für einen großen Zweig der Arbeiterfrage im Reichs-Versicherungsamt — in dem Reichs-Arbeitsamte ihren sachverständigen Mittelpunkt finden? Nicht die freie genossenschaftliche Initiative und Kraft auffaugend und lähmend, sondern im Gegenteil, sie erleuchtend, sammelnd, befruchtend, würde das neue Reichsamt eine großartige und segensreiche Aufgabe erfüllen. Die weitere Ausführung dieses Planes bleibt einer anderen Gelegenheit vorbehalten; aber schon der allgemeine Umriss wird von Neuem beweisen, wie eifrig die Deutschen Gewerkvereine die soziale Staatsthätigkeit, wo sie am Platze ist, nicht nur annehmen, sondern hervorrufen. — Selbstverständlich fordert unsere Organisation vor allem auch die Abstellung von Mißbräuchen in der Staats- und Gemeindeverwaltung selbst, zumal von solchen, welche wichtige Interessen der Handwerker und Arbeiter, sowohl selbständiger, wie unselbständiger, schädigen. Dahin gehören u. A. die erdrückende Konkurrenz der Gefangenenarbeit und die Mißstände des Submissionswesens (besonders der rücksichtslose Zuschlag an den Mindestfordernden), beides zum Schaden besonders der soliden kleineren Gewerbetreibenden und ihrer Arbeiter. Wo irgend solche Uebelstände (für deren Aufzählung hier nicht der Platz ist) sich zeigen, betreiben wir bei Staat und Gemeinde nachdrücklich die Abhülfe.

Nicht allein auf die Arbeiter als Produzenten würde ein Reichs-Arbeitsamt sein Augenmerk zu richten haben, sondern auch auf die nicht minder wichtige Seite: die Arbeiter als **Konsumenten**. Denn das wirtschaftliche und geistig-sittliche Wohlergehen des Arbeiters und seiner Familie hängt offenbar ebenso sehr, wie von den Lohn-, Arbeitszeit- und sonstigen Arbeitsbedingungen, auch ab von den Verhältnissen des täglichen Lebens, von der Beschaffenheit, den Preisen u. s. w. der Nahrung, Kleidung, Wohnung, Reinigung, des Verkehrs, der Bildungs- und Erholungsmittel, und daß auch in dieser Hinsicht trotz löblicher Anstrengungen und Erfolge noch heute viele Mängel und Schäden zu beklagen sind, wird Niemand bestreiten. Auch auf diesem weiten Gebiete (das wir an dieser Stelle ebenfalls nur streifen können) haben die Deutschen Gewerkvereine von jeher die Ergänzung der individuellen und genossenschaftlichen Selbsthülfe, wie sie vor allem durch die vorzüglich bewährten Konsumvereine und Baugenossenschaften (namentlich in der Form der Spar- und Bauvereine) geleistet wird, durch die Staats- und Gemeindehülfe angestrebt.

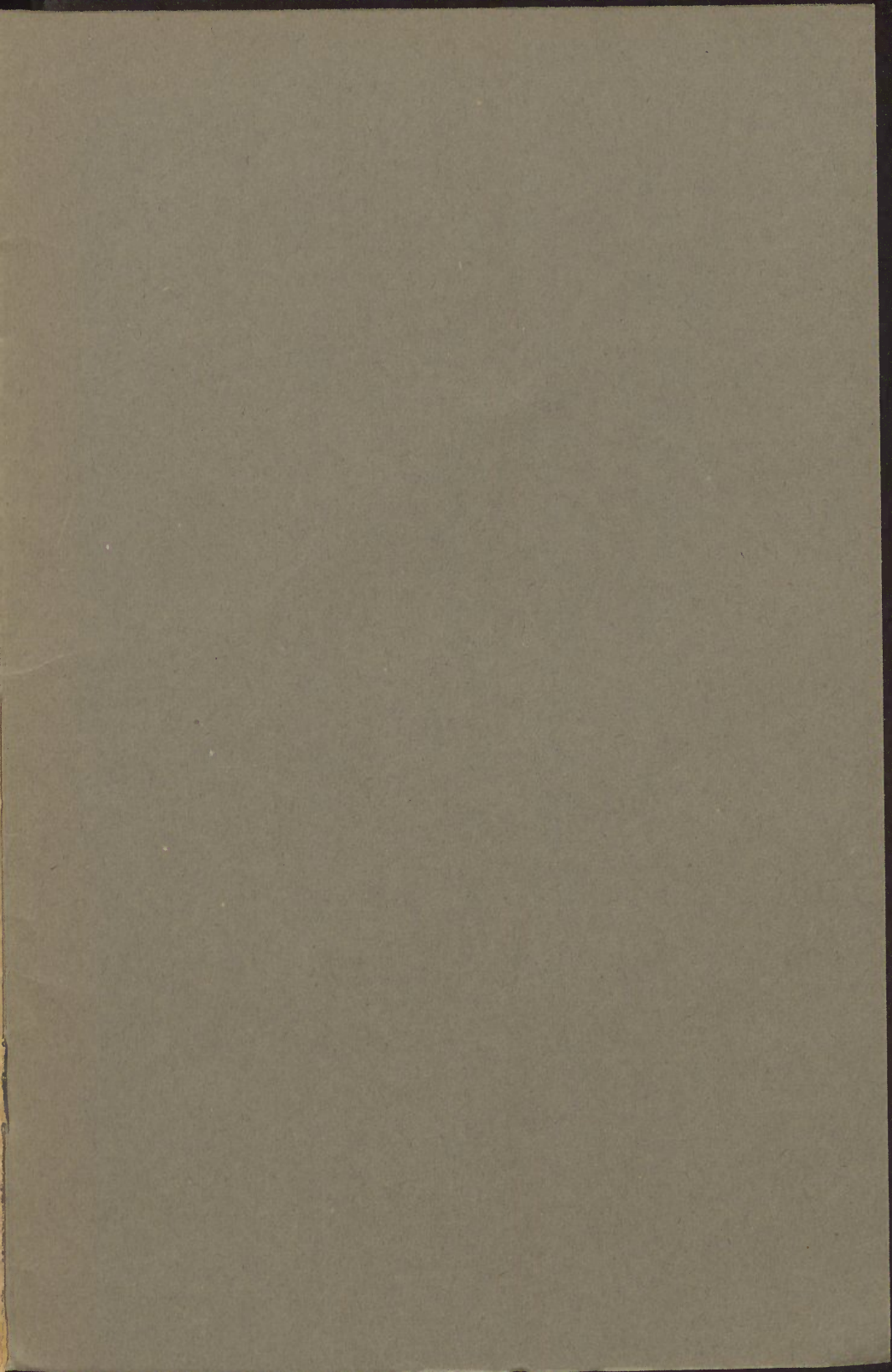
Das Genossenschaftswesen ist gerade nach dieser Richtung in neuester Zeit durch die Einführung der beschränkten Haftbarkeit und andere Verbesserungen für die Arbeiter weit zugänglicher geworden, es könnte und müßte von ihnen sehr viel ausgiebiger benutzt werden, wozu selbst ärmere Arbeiter im Stande sind. Nirgends werden die mäßigen Beiträge so schnell und so glänzend verzinst, wie in solchen Genossen-

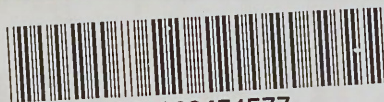
schaften, welche überdies den Gemeinfinn und die wirthschaftliche und soziale Selbständigkeit der Arbeiter erhöhen und darum von den Gewerksvereinen als werthvolle Bundesgenossen betrachtet werden. Aber auch abgesehen von der längst erfolgten gesetzlichen Anerkennung der Genossenschaften, kann und soll der Staat seinerseits Vieles, vor allem durch Steuerentlastung, für die Besserung der gesammten Lebensverhältnisse thun. Speziell behufs Hebung der Wohnungsverhältnisse haben die Deutschen Gewerksvereine schon vor Jahren gefordert: „strengere Bau- und Unterhaltungsvorschriften nach gesundheitlicher und sittlicher Richtung, besseren gesetzlichen Schutz der Miether gegen Ausbeutung, Reform der Miethsteuer, stärkere Heranziehung der Grundstücke, insbesondere der unbebauten Baustellen, Erleichterung und Verbilligung des Vorortsverkehrs, Förderung der gemeinnützigen Baugesellschaften und -Genossenschaften, wenn nöthig auch Enteignung von Baugeländen seitens der Kommunen, um dieselben kauf- und pachtweise den Baubedürftigen zur Verfügung zu stellen, möglichst unter Mitwirkung der Berufsvereine“. Das sind erreichbare (zum Theil schon erreichte) Forderungen an Staat und Gemeinde, durch deren ausdauernde Geltendmachung die organisirten Arbeiter auch die Wohnungsnoth allmählich, aber sicher beseitigen können. Hier, wie in allen anderen lokalen Arbeiterangelegenheiten, haben vorzugsweise die örtlichen Vereinigungen der Berufsorganisationen, die Ortsverbände, ein reiches Feld der Bethätigung.

Deutsche Arbeiter! Das ist die keineswegs erschöpfende, aber klare und übersichtliche Darlegung dessen, was die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) wirklich wollen und leisten. Sie sollte vor allem den Entstellungen und Verleumdungen entgegentreten, womit ein unlauterer, schwindelhafter Wettbewerb in der Arbeiterbewegung unsere solide, altbewährte Organisation in Euren Augen fort und fort herabzusetzen sucht. Leset und prüfet vorurtheilsfrei den Inhalt dieser wenigen Blätter, und Ihr werdet anerkennen, daß die Grundsätze, wie die Einrichtungen unserer Vereinigung gute, daß Letztere ideale Zwecke durch praktische Mittel zum Wohle der deutschen Arbeiter verfolgt. Nicht durch Worte, die Euch mühelos goldene Berge verheißen, sondern durch Thaten, wie sie Euch wahrheitsgemäß berichtet worden, laßt Euch bestimmen. Mit mannhaftem Entschluß tretet ein in unsere Reihen, die sich willig jedem redlichen Arbeiter und Gesinnungsgenossen öffnen!

NB. Jede gewünschte Auskunft nebst Material gratis durch das
Verbandsbureau, Berlin O., Blumenstr. 83.

Druck von S. Kerskes, Berlin O., Niederwallstr. 22.





206\$03451577